

PRESSEMITTEILUNG

Die Energiekrise solidarisch überwinden und die neue Realität gestalten

- Hohe Energiepreise belasten die deutsche Konjunktur. Der Sachverständigenrat erwartet daher für 2022 nur noch ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 1,7 % und für 2023 einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,2 %.
- Kurzfristig muss die Energieknappheit durch eine Ausweitung des Angebots und Einsparungen bekämpft werden. Zudem sollten Haushalte und Unternehmen von den hohen Energiepreisen möglichst zielgenau entlastet werden.
- Mittelfristig muss die Wirtschaftspolitik das Fachkräftepotenzial sichern und angesichts der geopolitischen Veränderungen Abhängigkeiten reduzieren.

Wiesbaden, 09.11.2022 – Die Energiekrise und die hohe Inflation belasten die Haushalte und die Unternehmen in Deutschland massiv. Daher sind Maßnahmen gegen die Energieknappheit und möglichst zielgenaue Entlastungen angezeigt. Die Finanzierung dafür muss sichergestellt werden, ohne die öffentlichen Finanzen übermäßig zu strapazieren. Geopolitische Veränderungen erfordern, dass Deutschland seine Abhängigkeiten in den Lieferketten reduziert. Der strukturelle und der demographische Wandel machen eine zielgerichtete berufliche Weiterbildung sowie eine gesteuerte Erwerbsmigration unverzichtbar. Wie man die „Energiekrise solidarisch bewältigen“ und diese „neue Realität gestalten“ kann, diskutiert der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 2022/23, das er heute der Bundesregierung überreicht hat.

Die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 2022 wurde vor allem durch den noch steigenden Dienstleistungskonsum gestützt. Seit Mitte des Jahres führen die massiv angestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise aber zu immer stärkeren Kaufkraftverlusten und dämpfen den privaten Konsum. Gleichzeitig belastet die Energiekrise die Produktion, insbesondere in den energieintensiven Industriezweigen. Die globale Abkühlung schwächt die Exportnachfrage. Aufgrund des massiv verschlechterten Ausblicks senkt der Sachverständigenrat die Prognose für das Jahr 2022 und erwartet, dass das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland nur noch um 1,7 % steigt – für das Jahr 2023 erwartet er einen Rückgang des BIP von 0,2 %. Im Jahr 2023 dürften Exporte und Investitionen der Unternehmen aber allmählich wieder zunehmen. Außerdem ist zu erwarten, dass die Lieferengpässe langsam nachlassen und der hohe Auftragsbestand der Industrie abgearbeitet wird.

Die Verbraucherpreisinflation in Deutschland erreichte im Oktober 2022 mit 10,4 % den höchsten Wert seit Anfang der 1950er-Jahre. Seit Jahresbeginn sind die Energiepreise weiter gestiegen. Die nun höheren Produktionskosten werden zunehmend an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben, was auch die Kerninflation antreibt. Der Sachverständigenrat rechnet daher mit einer Inflationsrate von 8,0 % für das Jahr 2022 sowie von 7,4 % für das Jahr 2023. Hohe Inflationsraten dämpfen das Wirtschaftswachstum und können sich negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken. Sie können auch die Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen der Unternehmen nachteilig beeinflussen. „Die EZB muss

daher weiterhin entschlossen handeln“, erklärt Ulrike Malmendier, Mitglied des Sachverständigenrates Wirtschaft. „Die Kunst dabei ist, die Zinsen mit Augenmaß zu erhöhen, um die Inflation zu bekämpfen, ohne dass die Konjunktur übermäßig einbricht.“

Die privaten Haushalte sind durch die Inflation unterschiedlich stark belastet. So müssen ärmere Haushalte ihren Konsum besonders stark einschränken, weil sie einen größeren Anteil ihres Nettoeinkommens für Energie und Lebensmittel ausgeben, die sich besonders stark verteuert haben. Angesichts der enormen Preissteigerungen sind umfangreiche Entlastungsmaßnahmen grundsätzlich gerechtfertigt. Viele der beschlossenen oder geplanten Maßnahmen sind jedoch nicht zielgenau, weil sie wie der Tankrabatt die Energiesparreize schwächen oder im großen Umfang auch einkommensstarken Haushalten zufließen, die die Belastungen selbst tragen könnten. „Der Ausgleich der kalten Progression ist systematisch zwar grundsätzlich geboten“, sagt Achim Truger, Mitglied des Sachverständigenrates Wirtschaft. „Aktuell geht es aber um eine zielgenaue Entlastung unterer und mittlerer Einkommensgruppen, und die öffentlichen Haushalte sollten nicht überstrapaziert werden. Daher sollte der Abbau der kalten Progression auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.“ Einkommensstarke Haushalte könnten auch streng befristet über einen Energie-Solidaritätszuschlag oder eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes an der Finanzierung der Entlastungsmaßnahmen beteiligt werden. Das würde dazu beitragen, die Zielgenauigkeit des Gesamtpakets aus Entlastungen und Belastungen zu erhöhen und die Energiekrise solidarisch zu bewältigen.

Um den Anstieg der Energiepreise zu dämpfen, sollte die Energieknappheit durch eine Ausweitung des Angebots und Einsparungen bekämpft werden. Die hohen Energiepreise belasten vor allem die sehr energieintensiven Wirtschaftsbereiche wie die Metallindustrie oder die Herstellung von Glas und Keramik sowie besonders energieintensive Produkte aus der chemischen Grundstoffindustrie. „Die dauerhaft hohen Energiepreise werden den ohnehin anstehenden Strukturwandel in der Industrie weiter beschleunigen und die Energieintensität in der Industrie noch zügiger als bisher reduzieren“, erklärt Monika Schnitzer, Vorsitzende des Sachverständigenrates Wirtschaft. „Eine breite Deindustrialisierung des Standorts Deutschland ist jedoch nicht zu befürchten.“ Die Energieintensität der deutschen Volkswirtschaft ist seit den Ölpreiskrisen der 1970er-Jahre bereits deutlich zurückgegangen. Dies wurde durch zwei Entwicklungen getrieben: Weniger energieintensive Wirtschaftsbereiche haben leicht an Bedeutung gewonnen. Vor allem aber hat sich die Energieeffizienz in den einzelnen Wirtschaftsbereichen erhöht.

Die Corona-Krise und der russische Angriffskrieg haben gezeigt, dass Deutschland bei Energie sowie vielen kritischen Rohstoffen und Produkten von anderen Staaten abhängig ist. Die geopolitischen Veränderungen haben die damit verbundenen Risiken deutlich erhöht. In Deutschland und Europa sollte die strategische Autonomie daher stärker in den Fokus rücken. „Es ist dringend erforderlich, unsere Abhängigkeiten zu reduzieren und die Resilienz der Wertschöpfungsketten zu steigern. Dazu sollten wir einerseits europäische Produktionskapazitäten und Infrastrukturen ausbauen und andererseits die Lieferketten und die Bezugsquellen kritischer Rohstoffe und Energieträger diversifizieren“, erläutert Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrates Wirtschaft.

Die Entlastungsmaßnahmen in der Energiekrise, die Ausgaben für Energiesicherheit und die Verteidigungsfähigkeit sowie die Corona-Hilfen waren möglich, weil die Ausnahmeklausel der Schuldenbremse angewendet wurde. Ein Aussetzen der Schuldenbremse ließe sich im Jahr 2023 aufgrund der Folgen der Energiekrise erneut rechtfertigen. Die stattdessen vorgesehene Verschiebung von Finanzierungsaufgaben in das Sondervermögen Wirtschaftsstabilisierungsfonds könnte zwar insgesamt die schuldenfinanzierten Ausgaben stärker auf Energiepreisentlastungen begrenzen. Sie reduziert jedoch die Transparenz des Bundeshaushalts und ist unter diesem Gesichtspunkt kritisch zu bewerten. Die Schuldenstandsquote ist seit Beginn der Corona-Krise deutlich angestiegen. Bisher wird die mittelfristige Tragfähigkeit des deutschen Staatshaushalts dadurch nicht gefährdet. Perspektivisch müssen die Staatsfinanzen in Deutschland aber konsolidiert werden. In Europa muss die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen angesichts hoher Schuldenstandsquoten und steigender Zinsen in vielen Mitgliedstaaten sichergestellt werden. Eine Reform der Wirtschafts- und Währungsunion sollte die Schuldentragfähigkeit sichern und die staatliche Aufgabenerfüllung gewährleisten.

„Deutschland befindet sich zwar in einem Abschwung, der Arbeitsmarkt ist aber robust. Es fehlen derzeit viele Fachkräfte und selbst ungelernete Arbeitskräfte“, konstatiert Martin Werding, Mitglied des Sachverständigenrates Wirtschaft. „Ohne zusätzliche Erwerbsmigration und berufliche Weiterbildung bleiben die Fachkräfteengpässe dauerhaft bestehen und nehmen zu.“ Über Umschulungen und Weiterqualifizierungen können vom Strukturwandel betroffene Beschäftigte für andere Tätigkeiten qualifiziert werden, um zu verhindern, dass sie arbeitslos werden. Das berufliche Weiterbildungsangebot sollte dazu durch bundesweite Mindestqualitätsstandards verbessert und die Finanzierung etwa durch eine Ausweitung der Bildungszeit gefördert werden. Ergänzend sollte die Erwerbsmigration erleichtert werden, indem die Gleichwertigkeitsprüfung der Abschlüsse für nicht-reglementierte Berufe deutlich vereinfacht oder abgeschafft und die Westbalkanregelung auf ausgewählte Länder ausgeweitet werden.

Energiekrise solidarisch bewältigen und neue Realität gestalten

Im Jahresgutachten 2022/23 diskutierte **Herausforderungen**, **Ziele** und **Maßnahmen**

Energiekrise und hohe Inflation

Preissteigerungen begrenzen

- Entschlossene geldpolitische Reaktion ↘ ZIFFERN 132 F. UND 149
- Energieangebot kurzfristig ausweiten ↘ ZIFFERN 333 FF.
- Energie sparen ↘ ZIFFER 339
- Zielgenaue flankierende Maßnahmen nationaler Regierungen ↘ ZIFFERN 151 FF.

Belastungen zielgenau abfedern

- Haushalte zielgenau und anreizkompatibel entlasten ↘ ZIFFERN 195 F.
- Langfristig tragfähige Unternehmen unterstützen ↘ ZIFFERN 342 FF.
- Instrument für einkommensabhängige Direkttransfers entwickeln ↘ ZIFFER 194

Entlastungen solidarisch finanzieren

- Ausgleich der kalten Progression verschieben ↘ ZIFFER 193
- Zeitlich befristete Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder Energie-Soli ↘ ZIFFER 198

Stabile Wirtschafts- und Währungsunion

Nachvollziehbare, verbindliche und antizyklische EU-Fiskalregeln

- Fokus auf Ausgabenregel ↘ ZIFFERN 236 UND 264
- Allgemeine Schuldenobergrenze mit realistischem Abbaupfad kombinieren ↘ ZIFFERN 238 UND 261 F.

Finanzierung von europäischen Projekten (Fiskalkapazität)

- Eigene EU-Einnahmen und nationale Beiträge an die EU erhöhen ↘ ZIFFER 266
- Zusätzliche Ausgaben auf Bereiche mit europäischem Mehrwert fokussieren ↘ ZIFFERN 254 F. UND 266

Finanzmarktintegration: Staaten-Banken-Nexus entflechten

- Risikokonforme Eigenkapitalunterlegung mit Übergangsfristen ↘ ZIFFERN 260 UND 267
- Banken- und Kapitalmarktunion vollenden ↘ ZIFFERN 259 UND 267

Strukturwandel in der Industrie

Versorgung mit erneuerbaren Energien sicherstellen

- Energieinfrastruktur ausbauen ↘ ZIFFERN 529 FF.
- Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen ↘ ZIFFERN 336 FF. UND 530 FF.

Dekarbonisierung der Industrie beschleunigen

- Preisverzerrungen beim Energieangebot abbauen ↘ ZIFFER 341
- Energienachfrage flexibilisieren ↘ ZIFFER 340

Fachkräftesicherung

Inländisches Arbeitskräftepotenzial für veränderte Anforderungen qualifizieren

- Bundesweite Standards für Weiterbildung ↘ ZIFFER 406
- Niederschwellige und aufsuchende Beratung für Geringqualifizierte ↘ ZIFFERN 392 FF.
- Bildungs(teil)zeit ausweiten ↘ ZIFFERN 398 FF.

Erwerbsmigration erleichtern

- Gleichwertigkeitsprinzip für nicht-reglementierte Berufe lockern ↘ ZIFFER 454
- Westbalkanregelung auf ausgewählte Staaten ausweiten ↘ ZIFFER 452
- Serviceorientierte Agenturen für Einwanderung schaffen ↘ ZIFFER 456

Handelsabhängigkeiten und geopolitische Spannungen

Abhängigkeiten reduzieren

- Energieimporte und Bezugsquellen kritischer Rohstoffe diversifizieren ↘ ZIFFERN 506 FF.
- Diversifizierung durch strategische Allianzen und Investitionsgarantien unterstützen ↘ ZIFFERN 511 FF.
- Europäische Produktionskapazitäten in strategisch wichtigen Bereichen ausbauen ↘ ZIFFERN 524 FF.

Strategische Autonomie erhöhen

- Offene Strategische Autonomie verfolgen ↘ ZIFFERN 536 F.
- Handelsschutzinstrumentarium gegen handelsverzerrende Praktiken anwenden ↘ ZIFFERN 538 FF.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (kurz: Sachverständigenrat Wirtschaft) unterstützt die Politik und die Öffentlichkeit in wirtschaftspolitischen Fragen und Themen. Als unabhängiges Gremium wurde er im Jahr 1963 gegründet und besteht aus den Mitgliedern Prof. Dr. Veronika Grimm, Prof. Dr. Dr. Ulrike Malmendier, Prof. Dr. Dr. h.c. Monika Schnitzer (Vorsitzende), Prof. Dr. Achim Truger und Prof. Dr. Martin Werding. Mit seinen regelmäßig veröffentlichten Gutachten soll der Sachverständigenrat dazu beitragen, dass sich die Öffentlichkeit und Entscheidungsträgerinnen und -träger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein fundiertes Urteil über die wirtschaftspolitische Entwicklung in Deutschland bilden können.

Weitere Informationen über den Sachverständigenrat und seine Publikationen unter www.sach-verstaendigenrat-wirtschaft.de oder folgen Sie uns auf Twitter [@SVR_Wirtschaft](https://twitter.com/SVR_Wirtschaft).

Pressekontakt:

Nadine Winkelhaus
Senior Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 0611 75-3110
presse@svr-wirtschaft.de